

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

März (2) 2007

Die unabhängige Kleinzeitung
2. Jahrgang • 13. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

Achtung! Neue Homepage: <http://www.artikel-eins.com>



Was haben wir falsch gemacht?

Das Schönste ist der Aufrechte Gang der Betroffenen, denn Aufrechter Gang heißt Würde des Menschen. Jahrelang waren die Betroffenen Objekte der Politik, kleine Leute, sie gingen ihrer Arbeit nach, pflegten die Menschlichkeit innerhalb der Familie und ließen sich vom Fernsehen verführen. Politik überließen sie den Politikern. Und diese betrieben die Geschäfte anstelle von Millionen Stillehaltern. Die Millionen produzierten Maschinen, Lebensmittel und Dienstleistungen, lateinisch gesagt waren sie Produzenten, auf deutsch gesagt „Hervorbringende“, insofern das Gegenteil von Schafen, die vorhandene Wiesen abgrasen. Aber weil sie **nur** „Hervorbringende“ waren und nichts weiter, die großflächig angelegten Dispositionen den Politikern überließen, waren sie Schafe. Hervorbringende sein und zugleich auch Schafe - das passt nicht zusammen. Würde des Menschen heißt: *Hervorbringen*, ohne Schaf zu sein.

Als die Politiker wieder mal einen Krieg vorbereiteten, dieses Mal im Irak, wurde das einem Teil der Hervorbringenden zu viel. Aufgerufen von Attac gingen sie vor vier Jahren auf die Straße. In Berlin wurde aus den Hubschraubern der Polizei hinunterblickend auf die Meile zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule geschätzt: Vier Mal hunderttausend Menschen demonstrierten gegen den Krieg. Da hütete sich Kanzler Schröder, dem amerikanischen Präsidenten mehr als nur Flugkorridore über deutschen Landen zuzugestehen. Ein halbes Jahr später demonstrierten in Berlin hunderttausend Menschen gegen Kanzler Schröders Agenda

2010, hunderttausend *Hervorbringende* und solche, die es bleiben oder wieder werden wollten. Aber weil noch viele ihrer Kollegen in ihrer Schafsrolle befangen blieben und dachten, so schlimm wird es ja wohl nicht werden mit Schröders Agenda. Und außerdem: wer geht schon gerne auf der Straße statt auf dem Fußweg vor den Schaufenstern? Da fehlten noch neunhunderttausend Menschen auf der Demo, sonst wäre es eine Million gewesen. Also ließ sich Kanzler Schröder Hartz-IV entwerfen. Das war schlau gedacht. Die zum Hervorbringen Fähigen denken an ihre kleine Familie und glauben, ungeschoren zu bleiben auf ihrer eingegrenzten Weide. Hartz-IV würde ja nur die anderen betreffen, die für einige Zeit nichts mehr hervorbringen dürfen, das würde sich ja auch wieder ändern, dann wäre die Welt in Ordnung. Der schlaue Kanzler baute darauf, dass die Bürger zu kurz denken. Er baute auch auf alle Parteien von rechts bis links, sie reden heute noch von Wirtschaftswachstum.

Unterdessen wurde es mit Hartz-IV immer ernster. Da rafften sich viele Schafe auf, denen das Hervorbringen vermasselt ist. Einige der Lebhaftesten hatten keine Mühe, Tausende Lebenshungrige zu versammeln, um durch die Städte zu demonstrieren, meistens montags, denn Montagsdemonstrationen hatte es schon mal gegeben, und die hatten eine Welt zum Einsturz gebracht. Gewiss, das ist ein anderes Thema, aber das Schönste war – der Aufrechte Gang! Wochenlang wurde gerufen „Wir sind das Volk!“ Da waren wir in Freiheit. Schafe waren mündige Bür-

ger geworden, sie begannen, ihre Würde wieder aufzurichten, von der es in Verfassungstexten heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Wenn die Masse der Hervorbringenden ihre Würde aufrichtet, dann lebt auch jeder, der dazugehört, als freier Mensch, ist nicht mehr nur Schaf, lebt sicher, ohne Not und auskömmlich. Hartz IV muss weg, doch wer das will, muss weiter denken.

Als Kanzler Schröder Ernst zu machen begann mit Hartz-IV, praktizierten zwei Monate lang viele Tausend den Aufrechten Gang auf den Straßen. Bald aber traten Umstände ein, die nicht verstanden wurden:

Einige Wochen Aufrechter Gang waren zu wenig. Wenn man viel erreichen will, dann braucht man einen langen Atem. Zweitens: Sympathisanten aus den Linksparteien zogen sich zurück. Nachdem sie in Parlamente eingerückt waren, riefen sie, man könne nicht immer nur demonstrieren, und ließen uns im Stich. Sie haben bis heute nicht begriffen, dass ein bisschen Opposition im Parlament ohnmächtig bleibt, wenn sie nicht außerparlamentarisch durch Aufrechte Bürger gestützt wird. Sonst bleibt nur Zettelkasten-Demokratie.

Und drittens: Einige Leithammel wollten nicht nur Initiator und Netzknüpfer sein; einige wollten Platzhirsche sein und dachten zu viel an ihr persönliches Profil. Schon Bertold Brecht hatte das geahnt, als er schrieb: „Schön ist es, das Wort zu ergreifen im Klassenkampf. Laut und

(Fortsetzung auf Seite 3)

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

Achtung! Neue Homepage: <http://www.artikel-eins.com>

Die Alternative

Die nachfolgende Artikelserie beschäftigt sich mit Zusammenhängen in der heutigen Gesellschaft, sucht nach Wegen ihrer Veränderung im Sinne der in ihr lebenden Menschen und ist **leider brandaktuell**. Das verwendete Wort „Meudalismus“ ist wenig gebräuchlich. Man sollte es zunächst durch das geläufigere „Neoliberalismus“ ersetzen. Im Text wird erklärt, warum es den heute herrschenden

Zustand der Gesellschaft besser beschreibt.

Das antimeudalistische Manifest von Klaus Buschendorf

1. Kapitalismus heute
2. Die Alternative
3. Erläuterungen
4. Zu den Auswirkungen
5. Gestaltende Kräfte

(Fortsetzung von Ausgabe 5/2007)

Gespenster wirken im Dunkel, im Diffusen. Im Licht verlieren sie den Schrecken.

Die Gefahr betrachtend, die von diesem Welt-Geldbetrugsversuch der US-Großfinanz ausgeht, sehen wir überraschend unerwartete Verbündete an unserer Seite. Eine neue Dollarbewertung entreichert Meudalisten, die nicht zur Rothschild/Rockefeller-Großfinanz gehören. Die meisten Dollars befinden sich außerhalb der USA, als Währungsreserve der EZB im Euroland, der Bank von China, Japan usw. Widerstandslos sehen diese nicht zu, wie sie um ihr Geld gebracht werden. Also zerbrechen wir uns nicht ihre Köpfe.

Für uns stellen wir fest, dass genügend Geld vorhanden ist, es keine „Kaufzurückhaltung“, „Kaufverweigerung“ zu geben bräuchte, wäre das Geld an der richtigen Stelle. Der Nebel ist zu zerreißen, in dem die Lobby wirken kann, jener Krake, der die Gesellschaft (vom Geldvermögen der Superreichen genährt) verwirren kann und sie zersetzt. Diese Lobby kann im Geflecht von Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge wirken, schafft sich ihre eigene Logik, die den Mann auf der Straße beeindruckt, wenn er ihr in „Talkshows“ folgt. Folgen wir dieser Logik nicht. Zerreißen wir den Dschungel aus Paragrafen, Steuerarten, Einkünften, Freibeträgen, Pauschalen, Staffelungen und sonstigen angeblichen Maßnahmen zur „Verbesserung der Gerechtigkeit“, der es jedem „Sachverständigem“ erlaubt, ein Stück heraus zu greifen und das zu beweisen, was er beweisen will. Führen wir die Gesellschaft auf ihre einfachen Zusammenhänge zurück. Was wir dabei finden, wird nicht immer wortgenau zu praktizieren sein. Aber wir wollen Ausnahmen auf das Notwendigste beschränken.

Konzentrieren wir uns jetzt auf einen völlig neuen Ansatz. Er ist wert, von jedem neu durchdacht zu werden, gilt für jedes Land und sollte zumindest zunächst in den Ländern der Europäischen Union

zur Diskussion und Einführung stehen. Da es in diesem Vorschlag um den Ansatz einer Veränderung geht, konzentrieren wir uns auf das wichtigste für diesen Ansatz. Vieles muss noch außen vor bleiben.

Ein Staatswesen beansprucht zu seinem Erhalt ein Fünftel des erarbeiteten Bruttoinlandsprodukts. Geben wir uns nicht mehr ab mit Flickschusterei am Bestehenden. Der Staat braucht ein Fünftel, also soll er überall dort, wo gearbeitet wird, ein Fünftel erhalten. Und wir organisieren das ganz einfach.

1. Jeder Betrieb zahlt 20 Prozent Steuern vom Gewinn (Gewinnsteuern).
2. Jeder Bürger zahlt von seinem Lohn 20 Prozent Lohnsteuern.
3. Jedes Finanzgeschäft, Warentermingeschäft u. a. (an der Börse, Immobilienverkäufe usw.) zahlt mit Abschluss 20 Prozent Gewinnsteuer. Bis auf die Vermögenssteuer **schaffen wir alle anderen Steuern ab**. Somit erhält der Staat genauso viel wie heute, aber mit weniger Aufwand und durchsichtig für jeden. Alle anderen heutigen Steuern streichen wir ersatzlos. Heutige Subventionen sind vorher eingenommene Steuern. Diesen Umweg beseitigen wir. Wo der Staat fördern will, erlässt er Steuern, ganz oder teilweise, aber immer befristet.

Wir wollen, dass gerecht entlohnt wird und Lohn ein Leben in Würde garantiert. Dazu bestehen wir auf Grenzen, auf Mindest- und Maximallohn. Der Mindestlohn sollte 30 Prozent (netto) über der Grundsicherung liegen, der Maximallohn das Zwanzigfache des Durchschnittslohnes vom jeweiligen Betrieb betragen. Für Selbständige, Künstler, Politiker u.a. sollte der Durchschnittslohn des Landes Bezugsgröße sein. Damit folgen wir Johannes Rau, Exbundespräsident. Er fand die Bezüge von Vorständen zu einer Zeit, als sie das 20fache betrug, für angemessen. Das war so in der „Bonner Republik“, unmittelbar vor der „Wende“ in der DDR, zur Zeit der „Sozialen Marktwirt-

schaft“. Zu seiner Regierungszeit betrug sie das 120fache. Das fand er „unanständig“. Wir auch. Denn wir finden, dass ein Maximallohn, der das 20fache eines Durchschnittslohnes beträgt, dem Leistungsgedanken Rechnung trägt. Darüber beginnt Habgier zu wirken. Habgier ist im europäischen Sittengesetz eine Todsünde, seit Jahrhunderten schon.

Mit 20 Prozent Gewinnsteuern auf alle Finanzaktionen an der Börse wollen wir den Konkurrenzkampf auf wirklichen Wettbewerb zurück führen. Denn: „Feindliche Übernahmen“, Insolvenzen auf Grund von „Verdrängungswettbewerb“ (wie schamvoll der Krieg der Konzerne untereinander umschrieben wird) sind nicht im Sinne der Menschen, die dort arbeiten (auch nicht im Sinne der Kunden, denn mit besserer Qualität der Produkte hat das nichts zu tun).

Wir wollen, dass es unseren Betrieben gut geht, sie sind unsere Lebensgrundlage. Verluste werden sich nie vermeiden lassen, dann bezahlen die Betriebe keine Steuern. Aber wir brauchen einen Anreiz für die Menschen, die den größten Einfluss auf Gewinn und Verlust haben. Deshalb sollten unsere Volksvertreter beschließen: In Betrieben mit Verlust werden alle Löhne auf maximal 5.000 Euro/Monat im Folgejahr gekappt. Das wird hinfällig, erzielt der Betrieb wieder im Jahr darauf Gewinn.

Was bedient der Staat aus seinen Steuern?

Das wichtigste Gut sind unsere Kinder. Wir fördern den Wunsch nach Kindern durch Steuererlass und günstige Startbedingungen für junge Eheleute. Für diese Absicht öffnen wir unser strenges System für Ausnahmen:

Verheiratete Paare zahlen nur 10 Prozent Lohnsteuer, 1 Kind bedeutet 5 Prozent Steuererlass, ein zweites 10 Prozent usw. Kindergeld wird gezahlt an Vater und Mutter. Das bekommt jeder für sich angerechnet, **wie man als Paar lebt, ist Sache des Einzelnen, nicht des Staates**. Junge Eheleute erhalten einen zinslosen Kredit, z.B. 5.000,- Euro, pro Kind werden 1.000,- Euro erlassen. Studenten erhalten für eine Regelstudienzeit ein Staatsstipendium, damit sie danach der Wirtschaft (mit spätestens 25 Jahren) zur Verfügung stehen. Kinderkrippen, -gärten, Hort und Schule unterhält der Staat ohne Beitrag der Eltern.

Das zweite wichtige Gut ist die Kultur, das dritte die Forschung, als letztes steht Infrastruktur und Verkehr. Wir fördern Existenzgründer und den Mittelstand.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die Alternative

(Fortsetzung von Seite 2)

Wie wird verteilt? Pro Kopf des Landes, Kreises usw. Das regt an, die eigene Bevölkerung im Land zu halten, für Zuziehende attraktiv zu werden, mindert Streit der Ämter untereinander und entspricht dem Grundgesetz, gleiche Lebensbedingungen anzustreben.

Auch unser Sozialsystem könnte so einfach gestaltet werden. Überall, wo Gewinnsteuer/Lohnsteuer erhoben wird, werden noch 10 Prozent in das Sozialversicherungssystem gezahlt. Das kann eine einzige Kasse leisten.

Wir wollen vereinfachen. Wir heben alle rechtlichen Unterschiede auf zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Der Staat als Arbeitgeber geht den Unternehmen in der Wirtschaft voran. Er verzichtet bei seinen Beschäftigten auf Entlassungen, garantiert nicht stets den gleichen Arbeitsplatz, aber das vorher erreichte Lohnniveau. Der Staat verpflichtet sich, frei gewordene Arbeitskräfte umzuschulen für einen Non-Profit-Bereich, vorrangig im Sozialwesen.

Besitzer von Unternehmen zahlen sich einen selbst gewählten Unternehmerlohn und verzichten auf Privatentnahmen. So werden die Verhältnisse übersichtlicher.

Juristische und natürliche Personen sind eindeutig voneinander getrennt.

Wir sind uns nicht mehr zu schade, von anderen zu lernen. Mehr als 15 Jahre nach der Wiedervereinigung entkrampfen wir das Verhältnis zur untergegangenen

Sonntag Abend umgekehrt), aber die Bildung ihrer Kinder wie in alten feudalen Ländern organisiert ist!

Mit einem solchen Grundansatz für die weitere Gestaltung unserer Gesellschaft schaffen wir:



nen DDR. Im Bildungswesen ist Finnland der Primus in Europa. Wir erkennen an, dass Finnland seinerzeit von der DDR lernte. Wir setzen das Bildungssystem der DDR wieder in Kraft (natürlich ohne Wehrkunde und andere DDR-Spezifika). Wir schaffen für **die Volksbildung ein eigenes Ministerium und unterstellen es dem Bund.** Es ist doch ein Anachronismus, wenn in unserem Land die Menschen mobil sein sollen und es auch sind (man schaue auf die endlosen PKW-Kolonnen, die am Freitag Nachmittag von Süd und West nach Osten fahren und

Der Markt hat Grenzen bekommen. Er nutzt nicht mehr nur den Stärksten – er nutzt jetzt allen Menschen!

Damit erreichen wir:

1. Umkehr der Geldumverteilung von arm nach reich
2. gerechtere Bewertung von Leistung
3. Schaffung von Binnennachfrage
4. Beendigung der Arbeitslosigkeit
5. Senkung der Wochenarbeitszeit
6. Sicherheit bei Krankheit und Alter

Wir kehren zurück zu Ludwig Erhards Losung der „Sozialen Marktwirtschaft“:

Wohlstand für alle!

Was haben wir ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schallend aufzufordern zum Kampf der Massen. Zu zerstampfen die Unterdrückten, zu befreien die Unterdrückten. Wer täte nicht viel für den Ruhm, aber wer tut's für das Schweigen?“

In Wirklichkeit ist es ja noch verrückter. Wer mobilisieren will, muss ein wenig als Bezugsgröße bekannt sein. Vertrauen zum Leithammel ist wichtig. Er muss erkennbar sein. Aber er muss die Balance finden, er muss sie suchen! Er muss mit sich zu Rate gehen – schonungslose Selbstkritik! Sonst verdient er, geächtet zu werden. Das ist das eine. Das andere ist: Sein Licht nicht untern Scheffel stellen, ist das andere, er muss Gehör finden. Das wieder andere ist: Er muss sich mit anderen beraten, darf also nicht Platzhirsch sein, der andere nicht an sich herankommen lässt. Denn kreativ miteinander zu beraten ist unerlässlich, weil es immer verschiedene Handlungsvarianten gibt. Das beginnt schon mit der Auswahl des optimalen Termins für eine Demo. Nicht nur originelle Ideen für Aktionen sind gefragt, man muss auch Risiken und Nebenwirkungen abschätzen, von Langzeitwirkungen ganz abgesehen. Die Haupt-

sache ist immer, dass Massen den Aufrechten Gang trainieren, dass sie lernen, über ihre eigene Sache nachzudenken und nie mehr in die Schafsrolle zurückfallen. Sonst fängt nach gelungener Aktion wieder alles von vorn an, und nur die Platzhirsche heißen dann anders.

Drittens müssen die Leithammel auch begreifen: Wer kann helfen, über den augenblicklichen Horizont hinauszudenken? Über den Tellerrand, den Rand der aktuellen Aktion hinaus? Wie kann, wie muss es weitergehen? Wie gewinnt man Mitstreiter? Die Noch-Jobbenden, die nur an ihre kleine Familie denken und an den Televisor vor der Couch im trauten Heim? Wie hilft man den Noch-Jobbenden zu erkennen, dass es nicht nur die kleine Familie gibt, sondern die potentielle Großfamilie der Lohnabhängigen, der kleinen Beamten, der Scheinselbständigen und Kleinunternehmer, der Demokraten unter den Journalisten und Theaterleuten, der Kirchenfernen und der Christen? Auf einer Denkebene eine Handbreit höher wird sichtbar, dass sie alle gemeinsame Interessen haben. Erheben wir uns eine handbreit höher.

Es reicht nicht zu klagen und zu rufen „Hartz muss weg.“ Ja wie denn? Die **Arbeitslosigkeit** muss weg, und wenn die

Arbeitsplätze immer weniger werden, dann muss man aus der Not eine Tugend machen: Allgemein die Arbeitszeit verkürzen, großflächig die 30-Stunden-Woche, das nützt auch der kleinen Familie. Die Arbeit solidarisch teilen, damit jeder Arbeit haben kann; den Niedrigverdienern Ausgleich erkämpfen, einen hohen Mindestlohn garantieren. Von dieser Handbreit höher wird auch von denen kaum gesprochen, die mit ihren Montags-Demos bis heute ausharren. Wer aber Platzhirsch sein will oder Leithammel, darf sich strategischen Überlegungen nicht verschließen, wenigstens eine Handbreit höher. Habt doch mit euch selbst Erbarmen!

Und wenn das Platzhirsch-Wesen immer schlimmer wird und wenn es droht, das längst Errungene zu zerstören, dann muss man Rettung suchen. Einen Silberstreif seh ich schon lange. Nun dürft Ihr raten „wo“?

Also gibt es drei Anlässe, um zu verstehen, was wir falsch gemacht haben. Lasst es uns endlich verstehen. Lob der Dialektik von Bert Brecht: „Wer noch lebt, sage nicht: niemals! Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht. ... Wer verloren ist, kämpfe! Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“

Rainer Thiel

Ein Ziel?

Es wird sein eine Zeit, da ist alles mit allem verknüpft.

Nachts um zwei fand er endlich Ruhe. Er spürte beim Zähneputzen das wohlthuende Fehlen von Personenschützern. Der erste Tag unter seiner Leitung war vorüber. Er gab einen guten Präsidenten ab, gerade im eigenen Land gewählt,



„Greenhorn“ unter den europäischen Regierungschefs und schon Chef der Verhandlungen. Der Turnus nahm keine Rücksicht, ob einer neu war in dieser Funktion. Er hatte Erfahrung im Umgang mit anderen Machtmenschen. Denn das waren sie alle. Nur solche kamen nach oben, wenn prinzipiell jeder nach oben kommen konnte. Er war stolz auf die Demokratie, die ihm das ermöglichte; stolz auf sich, dass gerade er es schaffte. Jetzt will er noch drei Seiten lesen zum besseren Einschlafen. Was packten sie zu Hause dafür ein? „Plato – der Staat“, „Marc Aurel – ein Philosoph als römischer Kaiser“, Machiavelli „Der Fürst“... Wollten die ihn veralbern? Leicht ärgerlich zog er die Nachttischlade auf... „Das Neue Testament“. Nein, plötzlich haben alle etwas gegen ihn. Fast wütend drehte er sich zur Wand – war trotzdem ganz schnell eingeschlafen.

„Warum beachtest du uns nicht?“ – Volltönend klang die Stimme durch den kahlen, dunklen Raum. „Wohin willst du mit deinem Staat?“ – Die Dunkelheit wich. Eine Tischreihe vor ihm saßen Menschen, die Antworten forderten. Er verstand nicht. „Was heißt wohin? Wir sind ein freies Land von freien Bürgern. Die wissen, wohin sie gehen wollen. Ich moderiere, wenn Konflikte auftreten. Der Staat bevormundet seine Bürger nicht. Auch ich nicht.“ – „Wie wählst du deine Minister?“ – Warum antwortete er eigentlich? Aber er hörte sich schon sprechen. „Die mir Weggefährten waren, betraue ich mit dem Amt.“ – „Wie entscheidest du Konflikte?“ – „Ich entscheide nach Gewicht der Kontrahenten für das Land.“ So erlebte er es von seinen Vorgängern, lernte es bei seinen Studien,

erfuhr es bei seinem Aufstieg – er war erfolgreich, also war es richtig. Was wollten die in ihren vielen Trachten, vom Umhang der alten Griechen bis zum Papstornat? – Sie gaben sich Zeichen. „Bestätigt?“ fragte in römischer Toga der in der Mitte. Manche nickten, andere schauten kühl interessiert zu ihm.

„Ich bin Vorsitzender der Prüfungskommission, Marc Aurel und römischer Kaiser. Für deine Regierungstätigkeit erhältst du Ungenügend. Begründung: Deine Regierung hat kein Ziel. Was ihr Ziele nennt, sind Tagesaufgaben. Selbst deren Lösung bleibt ihr den Menschen schuldig. Ihr liebet die Demokratie zur Anarchie eurer Fürsten, eurer Konzerne, verkommen. Eure Rede von der freien Marktwirtschaft, in die der Staat nicht eingreifen dürfe, nützt nur grenzenlosem Egoismus eurer sogenannten Globalplayer auf Kosten der Menschen. Man müsste euch mit der nächsten Wahl abwählen. Doch die Konkurrenten sind nicht besser. Seit Kaiser Wilhelm seinen Reichskanzler Bismarck in die Wüste schickte, taugen in Deutschland die Regenten nichts mehr. Also: Nachsitzen! Als erstes lies Engels `Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates`. Dann sehen wir weiter.“

Das war arg. Schlecht wie Wilhelm und noch von Kommunisten lernen? – „Ach ja“, lachte Marc Aurel. „Wie konnte ich vergessen, welche Kleingeister ihr Regierenden heute seid? Wie alle Philosophen nach Aristoteles schrieb jeder nur bis dahin Gefundenes für seine Zeit neu auf. Auch ich. Auch Philosophen, die ihr Kommunisten nennt. Ihr habt keine neuen Probleme. Ich führte Rom, ihr wollt wieder Rom werden und nennt es Europäische Union. Unsere Probleme hießen Germanen und Hunnen, eure heißen dritte Welt. Ihr hängt fest in eurem Bürokraten- und Gesetzesdschungel. Eure Minister wählt ihr nach Partei und nicht nach Können – in Rom war das nicht anders. Schaut endlich über den Tellerrand! Sonst geht es euch wie Rom.“ Er zog weiter Parallelen. „Die Westgoten eroberten Rom. Das wollten sie gar nicht. Sie wollten nur siedeln und selber Römer werden. Rom machte sie zu Feinden, brachte sich den Untergang. Schaut vor eure Haustür. Israel kann die Palästinenser nicht besiegen. Es muss Arbeit für Palästinenser schaffen. Es ist das reichere Gemeinwesen, hat Eigentum. Und Eigentum verpflichtet. Völker wollen langsam

immer etwas besser leben. Wer das hindert, verliert immer, bringt Tod und Verderben.“ – Ihm wurde schwarz vor Augen. Gewogen und zu leicht, zu klein befunden. Dunkelheit umfing ihn.

Aber das war die Dunkelheit eines Hotelzimmers. Ein Traum – erlöste ihn die Erkenntnis. Sie erlöste nicht. Er erinnerte sich der langen Rede. Er solle auch Machiavelli lesen und die Bergpredigt des Jesus Christus, dann August Bebel, den Stammvater seiner Partei (wenigstens den Namen kannte er noch). Über Freiheit sprach er lang, der Marc Aurel. Kaiser müssten Bauern nie fürchten, doch jene, die sich die Ersten nach ihm nennen. Bauern müssen frei sein, den Staat lieben können. Vorsicht vor den Fürsten, deren Freiheit möge er beschränken! Er sei doch nur deren Spielball, moderiere...! – Geringschätziges Lächeln aller beschämte ihn. – „Was kann ich tun?“ – Konzerne in die Pflicht nehmen, dass sie Arbeit für die Menschen leisten, damit Arbeit schaffen. Sie besteuern, tun sie es nicht! Konkurrenz für sie schaffen, indem er den Mittelstand fördere. Bürokratie abbauen! Fachleute in die Regierung holen! Einen Transrapid bauen – von Lissabon bis Peking – das gäbe Arbeit und nütze der Umwelt. Stichwort Umwelt, neue, andere Ressourcen. Ja doch, Arbeit gäbe es genügend für die, die hier sind und die, die kommen werden. – Ich muss Arbeit schaffen, bald! Roms Schicksal mahnt.

Es ist doch alles schon einmal da gewesen – aber immer wieder etwas anders.

*Aus „Philosophische Märchen“
von Klaus Buschendorf
ISBN 3-8311-4552-0*

Warnung!

An alle alleinlebenden Langzeitarbeitslosen!

Kauft Euch keine „Ersatzzahnbürste! Ihr könntet bei der Durchsichtung Eures angemessenen Wohnraums in den Verdacht kommen, eine Bedarfsgemeinschaft zu verheimlichen und als Sozial-schmarotzer bestraft werden.

„Wo leben wir denn?“

Gerechtigkeit muss sein – auch Herr Ackermann konnte sich nur mit 3 Millionen Euro von einer Bestrafung freikaufen!

Elisabeth Monsig

Mahnwachen vor den Ämtern

In **Angermünde** wurde am 6. März 2007 eine Mahnwache vor dem Amt für Armut durchgeführt. An dieser Aktion beteiligte sich die „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.“ und ver.di. Barnim/Uckermark. Die große Fahne AFA (SPD) und die vielen Plakate konnte niemand übersehen. TVAL Uckermark und die MOZ haben über die Machenschaften der Bedarfsträger bei den „Ein-Euro-Jobs berichtet. Die „Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht“, DIE LINKE.PDS Elbe-Elster und die WASG Elbe-Elster Niederlausitz haben am 6. März 2007 in **Finsterwalde** eine Mahnwache mit einem Infostand begleitet. Diese Aktion fand unter dem Aufruf „Reiches Land - arme Kinder“ und „Solidarität mit den Hungerstreikenden“ statt.

Von einer mobilen Mahnwache kann man in **Lauchhammer** sprechen. Am 7. März waren die WASG Elbe-Elster-Niederlausitz und eine Aktionsgruppe im Stadtgebiet unterwegs. Sie sprachen mit betroffenen Bürgern und machten auf den Sozialabbau aufmerksam. Aber auch in **Schwedt/O** gibt es praktisch eine „Dauermahnwache“ Konrad Fitz steht fast täglich vor dem Amt, so auch am 6. und 7. März 2007. Er solidari-

siert sich mit den Hungerstreikenden und kritisiert Hartz-IV.

„Antenne Thüringen“ hat auf die Mahnwache am 7. März in **Gotha** hingewiesen. Das „Offene Bündnis für soziale Gerechtigkeit“ unterstützte mit dieser Aktion die Hungerstreikenden und klärte die Bürger über den Sozialabbau auf. Die Bundestagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten (DIE LINKE.PDS) schickten ihre Büroleiter, um aktiv Informationsmaterial zu verteilen. In der Stadt **Senftenberg** wurde die Mahnwache am 8. März vor der zuständigen Behörde durchgeführt. Organisiert wurde diese durch die WASG Elbe-Elster-Niederlausitz und einer Aktionsgruppe. Das Interesse der Bürger war sehr groß.

Bürger aus **Eisenhüttenstadt** beteiligten sich mit einer Mahnwache am 6. März vor dem „Amt für Armut“. Sie sprachen auch über folgende Themen: Hohe Stromkosten und ein neues Gerichtsurteil dazu, das Recht auf Arbeit gehört ins Grundgesetz und über den Sozialpass. Außerdem wurden Flugblätter verteilt. Bernd Matthes, selbst ein Dauerhunger-



Quelle: privates Foto

streikender, beteiligte sich an der Mahnwache am 6. und 7. März 2007 in **Gifhorn**. Mit einem CD-Player und politischen Liedern und einem Plakat erreichte er die Aufmerksamkeit der Bürger. Für den Aufruf zur Solidaritätsmahnwachen bedankt er sich bei der Zeitung „Artikel Eins“. Viele Mitstreiter vom Forum <http://www.sozialbetrug.org/> begleiten solidarisch die Dauerhungerstreikenden auf ihrem langen steinigen Weg.

In diesem Artikel wurden einige Städte vorgestellt, die sich an dieser Aktion beteiligt haben. Wir bedanken uns bei allen Mitstreitern.

Birgit Kühr (Angermünde)

Auch wir lassen uns nicht den Mund verbieten!

Eberswalde, eine Stadt in Barnim, führt wieder regelmäßig alle 14 Tage Demos gegen Sozialabbau durch. Auf einer Kundgebung sprach Ute Frey einen Bericht von Birgit Kühr aus Angermünde an und berichtete über die derzeit im Hungerstreik stehenden Hartz-IV-Betroffenen in Deutschland. Aber die Montagsdemonstranten versuchten sich auch als Sternsinger. Sie erbettelten keine Nahrungsmittel, sondern zogen zu den Parteibüros der CDU, SPD, B90/Die Grünen und DIE LINKE.PDS. Sie schmückten die Türen mit dem Zeichen der Sternsinger: Hartz-IV muss weg - C+M+B 70, wobei **C** für Chancen, **M** für Mitbestimmung und **B** für Beschäftigung stand. Als großes Ziel hat sich das „Bündnis für ein demokratisches Eberswalde“ das Ziel gesetzt, an den nächsten Kommunalwahlen teilzunehmen.

Die Stadt **Elsterwerda** hat leider keine eigene Demo mehr. Aber Elsterwerdaer Bürger beteiligen sich aktiv an der Demonstration in **Senftenberg**. **Cottbuser** organisieren Themenver-

anstaltungen zu politischen Anlässen. Sie sehen zur Zeit ihre Hauptaufgabe darin, das „2. Sozialtreffen Deutschland“ gut vorzubereiten. Die Stadt **Saalfeld** führt regelmäßig Sprechstage durch.

Über 120 Demonstrationen gab es schon in **München**. Die Demonstranten verteidigten ihr Recht dazu vor dem Verwaltungsgericht. Ein eingeleitetes Strafverfahren gegen die Versammlungsleiterin wegen der Benutzung der Lautsprecheranlage bei weniger als 50 Personen wurde eingestellt aus Mangel an „öffentlichem Interesse“. In **Hannover** erhielt der Versammlungsleiter eine Strafanzeige von der Polizei aus dem gleichen Grund.

Die Initiative für soziale Gerechtigkeit **Gera** verabschiedete einen offenen Brief an die Medien und die ARGE. Die 133. Montagsdemo endete mit einem Neujahrsempfang. Auch in Potsdam ist man noch aktiv. Zwei Delegierte führen zur 5. Bundesweiten Delegiertenkonferenz nach **Kassel**. Monatlich einmal findet eine Demonstration am Montag statt.

In **Glauchau** wurde am 5. März 2007 die 5. Demonstration mit 150 Personen durchgeführt. Das Hauptthema der Kundgebung war das Schulsystem und die Lehrstellen. Als Redner sprach ein Mitglied des Sächsischen Landtages, Stellvertreter im Ausschuss für Schule und Sport. Der Stadtrat meldete sich zu Wort. Auch in **Zwickau** finden noch regelmäßig Demonstrationen statt. Der Sprecher des Aktionsbündnisses verlas einen Solidaritätsbrief an die Belegschaften von EADS/Airbus in Europa, der einstimmig beschlossen wurde.

In **Saarbrücken** organisiert das „Bündnis gegen Sozialkahltschlag“ die Demonstrationen. Das offene Mikrofon wird von vielen Teilnehmern gerne benutzt. Zum Abschluss wurde beschlossen, die nächste Montagsdemo am 5. März vor dem Arbeitsamt durchzuführen.

Der **Leipziger** Montagsprotest: „Schluss mit den ‘Reformen’ gegen uns!“, führt regelmäßig Montagsdemonstrationen durch. Das Sozialforum **Leipzig** trifft sich alle 14 Tage um 19:00 Uhr im Volkshaus, Karl Liebknecht - Straße 30.

Birgit Kühr (Angermünde)

Eindrücke

5. bundesweiten Delegiertenkonferenz der Montagsdemonstration in Kassel

Als Delegierte unserer Potsdamer Montagsdemonstration („Potsdamer Aktionsbündnis gegen Hartz IV“) zur 5. bundesweiten Delegiertenkonferenz der Montagsdemonstration, die am 24. Februar diesen Jahres in Kassel stattfand, hat mich die gesamte Atmosphäre dieser Konferenz, die von Sachlichkeit, Offenheit und fairem Umgang miteinander getragen war, stark beeindruckt.

Die gewachsene Stärke und Einheit der Montagsdemonstrationsbewegung wurde sowohl durch die Breite der Teilnehmerzusammensetzung aus 68 Städten, durch den konstruktiven Erfahrungsaustausch und durch die geschlossen angenommene Abschlusserklärung der Delegiertenkonferenz widergespiegelt.

Auf der Delegiertenkonferenz wurde gelebt, was die Montagsdemonstration seit Anbeginn darstellt - eine politisch selbständige, basisdemokratisch organisierte und überparteiliche Bewegung, die sich finanziell selbst trägt und damit keinen faulen Kompromissen unterworfen ist.

Mit Stolz kann man feststellen, dass die jetzt fast 3 Jahre alte Montagsdemonstrationsbewegung bei einer wöchentlichen Teilnehmerzahl von ca. 2.500 einen hohen Organisationsgrad, gefestigte Strukturen und eine solide Basis, bestehend aus Arbeitslosen und Arbeitenden, Frauen, Jugendlichen sowie Rentnern, aufweist. Die Montagsdemonstrationen finden regelmäßig in 62 Städten statt, davon die meisten wöchentlich. Mit Fug und Recht wurde betont, dass die Montagsdemonstration Woche für Woche das soziale Gewissen Deutschlands darstellt.

Der politische Gegner erzählt uns von Aufschwung, verschärft aber in der Tat den Sozialabbau. Die Delegierten brachten jeder auf seine Art zum Ausdruck, dass wir uns nicht mit dem Zustand zufrieden geben. Auch wenn die Verschlechterung der sozialen Lage nicht automatisch die Leute auf die Straße bringt, und der politische Gegner möchte, dass wir aufgeben, so werden wir die Kraft und Geduld aufbringen, gegen Hartz IV und die volksfeindliche Regierungspolitik weiterzumachen. Die Herrschenden haben Angst vor dem Machtverlust und versuchen mit Repressalien unsere bürgerlich demokratischen

Rechte abzuschaffen.

Als Antwort auf diese bürgerfeindliche Politik wurde mit großem Beifall der Beschluss angenommen, die Initiative für einen **4. Sternmarsch gegen die Regierung am 13.10.2007 in Berlin** zu ergreifen.

Die Delegierten der Montagsdemo waren sich einig, Solidarität und gegenseitige Unterstützung gegen die Angriffe der Polizei und die Schikanen der Behörden zu geben und sich das Recht auf das offene Mikrofon nicht nehmen zu lassen, dass Arbeitende und Arbeitslose gemeinsam um Arbeitsplätze und um die Abschaffung der Hartz-Gesetze kämpfen, den regionalen Erfahrungsaustausch und vernetzte Aktionen noch

besser zu nutzen und ein bundesweites Treffen von unabhängigen Erwerbslosenvereinen und -initiativen anzuregen.

Ich persönlich finde besonders wichtig, dass mit der Neuwahl der zentralen Koordinierungsgruppe 2 Brandenburger in der Koordinierungsgruppe vertreten sind.

Hervorzuheben ist der Fakt, dass die Delegiertenkonferenz nochmals betonte, mit allen aktiven und ehrlichen Kräften, eingeschlossen die Gewerkschaften, auf gleicher Augenhöhe und auf antifaschistischer Grundlage zusammenzuarbeiten. Die Delegiertenkonferenz gibt der Spaltung keine Chance. Für den gemeinsamen Widerstand setzen wir uns für eine Aktionseinheit auf breiter Basis ein.

Antje

Potsdamer Aktionsbündnis gegen Hartz IV



Kampagne



Duisburger ARGE-Chef zurückgetreten

Der Geschäftsführer der Duisburger ARGE, Peter Scheffler hat am 8. Februar 2007 in einem Gespräch mit den städtischen Vertretern in der Trägerversammlung die Geschäftsführung zur Verfügung gestellt. Er wird die ARGE mit sofortiger Wirkung verlassen. Vor dem Hintergrund der immer lauter werdenden Kritik an der Arbeit der ARGE, insbesondere an dem Umstand, dass sie den kompletten zur Verfügung stehenden Etat nicht hat ausschöpfen können und Mittel an den Bund zurückzahlen muss, hat Scheffler die Verantwortung übernommen und die Konsequenz ge-

zogen. Er sei mit der Arbeitsleistung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als zufrieden gewesen. Die Probleme, mit denen die ARGE zu kämpfen hat, seien - wie schon mehrfach ausgeführt - im System begründet.

Oberbürgermeister Adolf Sauerland dankte Scheffler für seine Arbeit während der Aufbauphase der Duisburger ARGE und zollte ihm Respekt für seine Entscheidung: „Peter Scheffler ist ein integrierter Mitarbeiter, das hat er mit seinem Rücktritt erneut unter Beweis gestellt.“

Internet: <http://www.duisburg.de>

Faulheit, Ignoranz und Profilierungssucht !

Schon oft wurde ich gefragt, wie ich mir eine einheitliche Organisation im Kampf gegen den Sozialraub im Internet vorstelle. Dazu schrieb ich bereits mehrere Beiträge. Jedoch versucht man, diese nötigen Schritte zu umgehen und sein eigenes EGO in den Vordergrund zu stellen.

Es tut mir aufrichtig leid, dass es nicht möglich ist, eine Einheit wenigstens im Internet herzustellen und zu präsentieren! Ich versuchte mit meinen Artikeln, die Notwendigkeit gemeinsamer Organisation verschiedenster Aktionen gegen den Sozialraub zu verdeutlichen. Doch entweder werde ich als Utopist und Spinner bezeichnet, oder man versucht, mir eine eigene Profilierung zu unterstellen. Diese Anschuldigungen zeigen, dass man nur seinen eigenen Weg rechtfertigen will.

Was sollte man aber tun, um einen Erfolg gegen Sozialraub zu erreichen ? Zentralisierung heißt das Zauberwort !

Um eine starke Aufmerksamkeit der Regierung zu erreichen, muss nicht sein, die Menschen zu einer Demonstration von Gera nach Berlin zu holen! Eine einzige, einheitliche, zeitgleich abgestimmte und bundesweite Demonstration zu organisieren, erreicht den gleichen Zweck!

Doch in irrsinniger Weise werden verschiedene Demonstrationen unter verschiedenen Losungen am gleichem Tag in einer ausgesuchten Stadt organisiert! Die Anmeldungen dieser Demonstrationen legt man oft genug auch noch an einem Tag, wo zusätzlich ein TOP-FUßBALLSPIEL in der gleichen Stadt ausgetragen wird.

So viel Schwachsinn muss ja bestraft werden !

Warum legt man nicht im Internet eine einzige zentrale Informationsquelle fest, die eine bundesweite Informationsquelle darstellt? Ach ja, ich vergaß die Profilierung! Wer könnte denn jetzt auf höhere Besucherzahlen kommen? Das scheint wichtiger zu sein, als wie man was organisieren könnte!

Echt traurig, dass es mittels einfacher Möglichkeiten nicht durchsetzbar ist, einen einheitlichen und effektiven Informationsfluss zu gewährleisten! Was spricht denn dagegen, wenn sich alle Organisationen im gesamten Bundesgebiet Informationen über geplante Aktionen in einem zentralen Infor-

mationsportal holen und auch abgeben können? Dadurch wäre es möglich, kleinere Aktionen (z.B. Lichterkette an Argon) bundesweit ausführen zu können und somit eine höhere Aufmerksamkeit zu erreichen. Aber nein! Da basteln



Tacheles e.V., Arbeitslosennetz, Aktive Erwerbslose, Erwerbslosenforum, Aktionsbündnis Sozialproteste, Hartz-IV-Foren und das soziale Netzwerk jeweils kleine, eigene Aktionen zusammen! Die sind sehr begrüßenswert, aber durch ihre Abgrenzung von anderen bleiben sie fast wirkungslos. Hauptsache: Der Name der Internetpräsentation ist bekannt und von vielen Besuchern gesegnet, scheinen die Initiatoren zu denken.

Aber dies ist ja nicht einmal das Hauptproblem! Noch beschämender ist es, dass fast kein Interesse der Betroffenen besteht, sich an geplanten Aktionen zu beteiligen. Plötzlich ist die Oma krank, das Auto kaputt, man hat kein Geld, den Treffpunkt vergessen, die Tochter Ballettstunde oder die Katze hustet. Ausreden über Ausreden erfreuen die Leute, die zu den Aktionen kamen und auf ihre Bekannten warteten. An Dönerständen wird bei Bier zu 2,50 Euro diskutiert, dass der Regelsatz zu gering sei, und man kein Fahrgeld habe, zu den Demos zu fahren. Und der überwiegende Teil der Demoschwänzer sieht schlicht keinen Sinn mehr in den Aktionen. Sehen Sie auch dazu erschreckende Meinungen! Sie meckern lieber vor der Glotze und rühmen sich bei den Nachbarn, was sie alles machen würden, wenn sie etwas zu sagen hätten. Doch mehr passiert leider nicht.

Und kann man dagegen etwas tun ? Aber sicher !

Man darf kein Verständnis mehr für

die Not der Betroffenen aufbringen, sofern sie sich nicht am Kampf gegen den Sozialraub beteiligen! Man muss ihnen vor Augen halten, dass sie es doch selbst sind, die diese Zustände billigen und durch ihre Untätigkeit unterstützen.

Sie geben der Politik weiteren Nährboden, den Sozialraub weiter auszubauen. Dieser Prozess ist noch nicht am Ende!

Weiterhin muss man den Menschen erklären, dass der Fall der Mauer nur durch Einigkeit im Volk möglich war. Man muss seinen verdammten Arsch bewegen, wenn man Veränderungen bewirken will!

Wichtig erscheint mir, die Aktionen attraktiver zu gestalten. Es muss ein gewisser Spaßfaktor dabei und mit Neugier verbunden werden. Dies kann man erreichen, wenn man Kleidertauschbasare organisiert oder eigene Programme in Form von Satire in die Demos einbaut. Aktionen, wie die längste Toilettenpapierrolle, beschrieben mit den größten Sorgen aller Teilnehmer, oder Spielzeug verschenken, beleben die Demos und sorgen für größeres Interesse. Nur, wenn man es schafft, viele betroffene Menschen zur Teilnahme zu bewegen, wird man kontinuierliche Dynamik erreichen. Kommen erst einmal 2000, dann kommen auch noch mehr.

Solche Vorstellungen nutzen nicht viel, wenn man den alten Weg weiter geht und hofft, dass man sich selbst dabei gut profilieren kann. Man muss begreifen, dass die Profilierung wenig nützt. Es ist nicht wichtig, ob ver.di, DGB oder MLPD geholfen haben, einzelne Demos zu organisieren, sondern es ist wichtig, die Menschen zu überzeugen.

Dies scheint aber in diesem Land unmöglich zu sein.

Die Ignoranz der Hilfebedürftigen ist nicht zu überbieten. Selbst Arbeitnehmer zeigen, dass es möglich ist, seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, nur der Arbeitslose ist selten bereit, für seine Existenz zu streiten. Den Begriff „Unterschicht“ haben alle untätigen Menschen auch verdient!

So, nun könnt Ihr Alle meckern, bis euch die Zähne faulen! Aber dies ist meine persönliche Meinung!

Detlef Rochner

Warum lassen sich Erwerbslose platt drücken? Warum? Warum?

DGB-Demo gegen Rente mit 67

Berlin 26.02.2007: **Ich war dort.**

Wie immer eine große, respektable Bühne, Technik und Beschallung. Das war nicht billig. TeilnehmerInnen: Rund 500, davon ca. 95 Prozent GewerkschafterInnen in der überwiegenden Altersgruppe ab 50 Jahre, mehrheitlich aus dem Norden Deutschlands, eine „Handvoll“ Nicht-GewerkschafterInnen, SympathisantInnen und neugierige PassantInnen. Ein Zug von ca. 300 GewerkschafterInnen mit Transparenten, auf denen 50.000 Unterschriften von GegnerInnen der Rente mit 67 waren, bewegte sich langsam Richtung Konferenzgebäude im Regierungsviertel, wo die an der Debatte teilnehmenden Gewerkschafter, u.a. DGB-Chef Sommer, nach Beendigung der Debatte abgeholt werden sollten.

So weit ließ aber die bereits in den Seitenstraßen wartende Polizei den Zug nicht kommen. Er wurde am Ende einer kleinen Seiten-Uferstraße mit quergestellten Polizeifahrzeugen gestoppt und ein Weitergehen verboten. Der Demonstrationzug war geordnet, friedlich und nicht bedrohlich, ruhige, reife und friedliche BürgerInnen. Dennoch durften sie nicht weiter ziehen und ihre GewerkschaftskollegInnen vom Konferenzgebäude abholen. Nun skandierten einige von ihnen lautstark: Lasst uns durch, lasst uns durch! Wir sind das Volk!

Daraufhin rollte Polizeiverstärkung an. Die Verzweigung und Verärgerung der TeilnehmerInnen gipfelte darin, dass zwei Gewerkschaftsfahnen in den Schmutz geworfen wurden, und einer von ihnen schrie: „Merkt ihr denn nicht, was hier mit uns gespielt wird, wie wir wieder verarscht werden? Ich gehe jetzt nach Hause!“ Völlig enttäuscht und resigniert zogen sich kurz danach alle TeilnehmerInnen zurück und ließen die Unterschriftstransparente dort liegen. Ein Gewerkschafter neben mir sagte: Wäre ich doch bloß auf Arbeit geblieben! Das ist doch Murks hier. Wir brauchen wirksamere Aktionen als sowas!

Danach fand die Kundgebung statt. Als erster redete DGB-Chef Sommer. Er war ziemlich erregt und verärgert über den Verlauf der „Beratungen“, wo sie offenbar nur Statisten waren und machte dies auch an Beispielen deutlich. Es redeten noch verdi-Chef Bsirske sowie zwei weitere GewerkschaftsfunktionärInnen. In einer moderierten „Gesprächsrunde“ kamen zwei sogenannte wissenschaftliche Expert-

Innen und drei bis vier ArbeiterInnen zu Wort. Letztere fanden die deutlichsten und am meisten Beifall findenden Worte über die herrschenden Verhältnisse. Erneut beklagten alle RednerInnen die seit Jahren bekannten schlim-

ger Teilnehmer vermisste Aussagen der RednerInnen zu Streikmaßnahmen gegen die rasant fortschreitende Demontage von Löhnen, Tarifrecht und Sozialleistungen. Er äußerte größte Enttäuschung und Verbitterung über diese



men Verhältnisse. Doch niemand von den RednerInnen hat die Möglichkeit eines Streiks als wirksames Mittel des Arbeitskampfes erwähnt oder gar gefordert. Lautstarke Zwischenrufe und Forderungen aus dem Publikum nach Streik wurden ignoriert!

Verwundert über diese Ignoranz fragte ich eine Gruppe von GewerkschaftsfunktionärInnen im feinen Zwirn und wie aus dem Ei gepellt: „Können Sie mir bitte sagen, warum hier auf dieser Gewerkschaftsdemo angesichts der immer schlimmer werden Verhältnisse überhaupt nicht die Möglichkeit des Streiks als Mittel des Arbeitskampfes thematisiert oder überhaupt in Erwägung gezogen wird?“ – Antwort der breit grinsenden GewerkschaftsfunktionärInnen: „Solange keine Mehrheiten dafür gefunden werden, ist das sinnlos.“ – Mein Einwand: „Sie könnten es doch aber in „Bewegung“ bringen, anstatt weiter nur zu jammern und zu klagen! Müssen die Verhältnisse erst lebensbedrohend werden, bevor Sie zum Streik aufrufen? Was muss denn noch geschehen, bevor Sie an Streik denken?“ – Diese Bemerkungen waren wohl zu viel. Sie verfielen in lautes Gelächter. Daraufhin sagte ich: „Ihr Verhalten zeigt, wie es so weit kommen konnte und für alle noch schlimmer kommen wird. Danke für dieses sehr aufschlussreiche Gespräch!“ Dann riefen sie mir noch hinterher, ob ich denn überhaupt Gewerkschaftsmitglied sei.

Andere von mir befragte GewerkschaftsmitgliederInnen bedauerten wütend und frustriert, dass die Gewerkschaftsführungen überhaupt nicht das Mittel des Streiks aufgreifen wollen und wie die Pest meiden. Auch ein 68-jähri-

schlimme Entwicklung, auf die Gewerkschaften als auch die SPD nicht entschieden und entschlossen genug reagierten. Bei den letzten Wahlen hat er als fast 40-jähriges SPD- u. Gewerkschaftsmitglied schweren Herzens nicht die SPD gewählt, sondern eine andere Partei. Er steht nun kurz davor, sowohl die SPD als auch die Gewerkschaft zu verlassen, weil er diese ungeheuren Widersprüche und das Stillhalten seiner GenossInnen und KollegInnen nicht mehr ertragen kann und auch nicht mehr hinnehmen und unterstützen will!

Dies macht deutlich, wie widersprüchlich die Situation der Gewerkschaften ist. Die MitgliederInnen werden ihnen weiter in Scharen davon laufen. Wenn sie so weiter machen, werden sie zukünftig keinerlei Einfluss und schon gar keine Gestaltungsmöglichkeit mehr auf die Arbeits- u. Sozialpolitik haben. Diese haben die Gewerkschaftsbosse und die ihnen ergebenden Funktionärsriege ohnehin bereits heimlich aufgegeben und sich mit den Verhältnissen in ihren wohlversorgten Positionen und Posten bestens arrangiert. Mann/Frau braucht ihnen nur zuzuhören, zuzuschauen und Fragen zu stellen, dann wird klar, was da für ein Popanz abläuft!

Die Quittung dafür wird unweigerlich kommen! (*)

DGB-Bühne neben dem Bahnhof Friedrichstraße. Demozug wurde von der Polizei am Gebäude des ersten-fernsehens gestoppt.

Rente mit 67 - NEIN DANKE!

Liebe Bürgerinnen und Bürger, können Sie sich ein Land vorstellen, in dem fast 600.000 Menschen unter 25 Jahren und 1,2 Millionen über 50-jährige keinen Arbeitsplatz finden – und in dem die Regierung trotzdem beschließt, das Renteneintrittsalter um zwei Jahre herauf zu setzen?

Dieses Land heißt Deutschland.

Die Bundesregierung will die Rente mit 67 einführen und das Altersteilzeitgesetz nicht verlängern. Notwendig sei dies wegen der Altersentwicklung der Bevölkerung und um die Rentenkasse zu sanieren.

Dies sind Scheinargumente, sagt der DGB Thüringen. Damit wird die Rente nicht sicherer. In Wirklichkeit bedeutet Rente mit 67:

- Arbeiten bis zum Umfallen.
- Noch mehr Rentenkürzung und Altersarmut.
- Noch weniger Arbeitsplätze für Jüngere und mehr Arbeitslosigkeit

Unterstützen Sie den DGB Thüringen und die Mitgliedsgewerkschaften bei ihren Aktionen!

Diskutieren Sie mit Freunden, Bekannten und Nachbarn. Geben Sie diese Information weiter. Fordern Sie ihre Bundestagsabgeordneten vor Ort auf, gegen die Rente mit 67 zu stimmen, denn ein gesicherter Lebensabend ist ein Bürgerrecht.

Die Mehrheit der Menschen im Land lehnt diese Rentenreform ab.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat gegen diese Reform zu entscheiden.

Länger arbeiten für weniger Rente?

Alle wissen: Unsere Rente ist nicht mehr sicher. Schon bei Kohl wurde gestrichen. Rot-Grün hat dies fortgesetzt. Schwarz-Rot setzt dem mit der Rente mit 67 die Krone auf.

Die Folgen

Es ist zu erwarten, dass die Arbeitslosigkeit, je nach Reaktion der Betroffenen um 1,2 bis deutlich mehr als 3 Mio. Menschen zunimmt.

Der Lebensstandard im Alter ist nicht mehr gesichert. Die Renten liegen heute nach 40 durchschnittlichen Versicherungsjahren bei etwa 950 Euro im Monat. Im Jahr 2029 wären dies – nach heutigen Werten – nur noch rund 750 Euro. Wenn nun die Rente mit 67 Jahren kommt, beträgt die Summe bei Renteneintritt mit 65 nur noch knapp 700 Euro. Wer soll davon leben? Besonders betroffen sind Beschäftigte mit geringen Löhnen, mit Zeiten von Arbeitslosigkeit und besonders die Frauen.

Die Demographie

Die Gesellschaft altert. Das stimmt. Aber brauchen wir deshalb die Rente mit 67? Nein! Entscheidend ist, wie viele Beitragszahler auf die Rentenbezieher kommen. Vor allem jedoch, wie hoch ihr Einkommen ist, aus dem die Renten finanziert werden?

Die wahre Ursache des Problems

Das Problem für die Rentenkasse ist nicht, dass es zuwenig junge Menschen gibt. Das Problem ist die Massenarbeitslosigkeit und zu geringe Löhne und Gehälter. Wir brauchen mehr anständig bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und die Einzahlung aller Erwerbstätigen in eine

Erwerbstätigenversicherung.

Was bringt die Rente 67

Die Nachteile der Rente mit 67 liegen auf der Hand: Die Älteren müssten länger arbeiten. Und Jüngere bekommen keinen Job. Rente mit 67 heißt: Wer früher in Rente geht, muss pro Jahr bis zu 14,2 Prozent zusätzliche Abschläge hinnehmen. Hinter vorgehaltener Hand geben Regierungspolitiker zu, dass die Rente 67 eine faktische Kürzung ist. Verlierer wären wir alle: Weiter hohe Arbeitslosigkeit, arbeiten bis zum Umfallen, Rentenkürzung, schlechtere berufliche Perspektiven für die Jugend. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit verdrängt Arbeitsplätze.

Unsere Alternative heißt Generationensolidarität

Wir lehnen die Rente mit 67 ab. Notwendig ist eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt. Dies erfordert einen flexiblen Renteneintritt bis spätestens 65 Jahre. Gewerkschaftliche Alternativen sind:

- Nach 40 Versicherungsjahren abschlagsfreier Zugang zur Rente auch vor dem 65. Lebensjahr
- Verlängerung oder gleichwertige Nachfolgeregelung für das Altersteilzeitgesetz
- Erleichterung des Zuganges zu Erwerbsminderungsrenten und Streichung der Abschläge bei dieser Rentenart
- Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Schaffung einer Erwerbstätigenversicherung.

Rolf Düber, DGB Thüringen

Hier eine Alternative Rente mit 67

Ich habe soeben beschlossen „Ich will nie ins Altersheim!“ Wenn ich einmal in später Zukunft alt und klapprig bin, werde ich bestimmt nicht ins Altersheim gehen, sondern auf ein Kreuzfahrtschiff. Die Gründe dafür hat mir unsere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt geliefert: „Die durchschnittlichen Kosten für ein Altersheim betragen 200 EUR pro Tag“. Ich habe eine Reservierung für das Kreuzfahrtschiff „Aida“ geprüft und muss für eine Langzeitreise als Rentner oder Rentnerin 135 EUR pro Tag zahlen (kein Witz!!!).

Nach Adam Riese bleiben mir dann noch 65 EUR pro Tag übrig.

1. Ich habe mindestens 10 freie Mahlzeiten, wenn ich in eines der Bordrestaurants wackele oder mir das Essen vom Raum Service auf das Zimmer, also in die Kabine, bringen lasse. Das heißt in anderen Worten, ich kann jeden Tag der Woche mein Frühstück im Bett einnehmen
2. Die „Aida“ hat drei Swimmingpools, einen Fitnessraum, freie Benutzung von Waschmaschine und Trockner und sogar jeden Abend Shows.
3. Es gibt auf dem Schiff kostenlos Zahnpasta, Rasierer, Seife und Shampoo.
4. Das Personal behandelt mich wie einen Kunden, nicht wie einen Pati-

enten. Für 15,00 EUR Trinkgeld extra pro Tag lesen mir die Stewards jeden Wunsch von den Augen ab.

5. Alle 8 bis 14 Tage lerne ich neue Leute kennen
6. Fernseher defekt? Glühbirne kaputt? Die Bettmatratze ist zu hart oder zu weich? Kein Problem, das Personal wechselt es kostenlos und bedenkt sich für mein Verständnis.
7. Frische Bettwäsche und Handtücher jeden Tag sind selbstverständlich, und ich muss nicht einmal danach fragen.

Autor unbekannt

Leserbriefe und Lesermeinungen



Die Geschichte des braven Bürgers M.

Der brave Bürger M. hat Arbeit und das Glück, nach Tarif bezahlt zu werden. Er liest Zeitung und guckt Fernsehen. Dort erfährt er viel über Eigenverantwortung und Eigenvorsorge. Man erklärt ihm, dass es in Zukunft immer weniger Menschen gibt, die für seine Rente arbeiten werden, und er deshalb selbst vorsorgen muss. Er spricht mit Vermögensberatern und Versicherungsvertretern. Diese zeigen ihm auf, dass er durch Zinsen und Rendite der Geldanlagen mehr heraus bekommt, als er eingezahlt hat. Bei der gesetzlichen Rente würde er weniger als seine eingezahlten Beiträge zurück bekommen. Der brave Bürger M. tätigt darauf hin einige Abschlüsse.

Die Banken und Versicherungen erhalten nun sein Geld und legen es auf dem internationalen Kapitalmarkt an.

Sie kaufen auch Aktien des Betriebes, in dem der brave Bürger M. arbeitet. Auf der Aktionärsversammlung machen sie der Geschäftsleitung klar, dass ihre Anleger eine ordentliche Rendite wollen und darum der Gewinn gesteigert werden muss. Deshalb müssen der brave Bürger M. und seine Kollegen von nun an für weniger Geld länger arbeiten.

Da hat der brave Bürger M. zum ersten Mal verloren.

Der Betrieb des braven Bürgers M. stellt jetzt mehr Produkte her. Aber im Lande gibt es immer mehr Menschen, die sich zum Leben nur noch das Allernötigste leisten können. Die noch Arbeit haben, üben Eigenvorsorge wie unser braver Bürger M. Und die ganz Reichen können soviel Geld, wie sie haben, sowieso nicht sinnvoll ausgeben und lassen es sich auf dem internatio-

nen Kapitalmarkt vermehren. Die Folge ist, die Nachfrage geht zurück und die Produkte können nicht mehr alle abgesetzt werden. Der Betrieb des braven Bürgers M. muss Personal entlassen. Die Entlassung trifft auch den braven Bürger M. Er hat zum zweiten Mal verloren.

Die Wirtschaftslage bleibt schlecht und der brave Bürger M. ist nach einem Jahr immer noch arbeitslos. Er stellt einen Antrag auf Arbeitslosengeld II. Doch dann kommt ein Bescheid. Man lehnt seinen Antrag ab, weil er noch Geldanlagen und Versicherungen hat. Die soll er erst mal verbrauchen.

Da hat der brave Bürger M. zum dritten Mal verloren.

Mit freundlichen Grüßen

Uta Köstler, Sondershausen

Immer bei der Wahrheit bleiben!

Überschriften in einigen Zeitungen dieser Tage, wie zum Beispiel: „US-Vizepräsident droht Iran mit Militärschlag“, und ähnliche riefen bei mir Unwillen hervor: Das Wort „Militärschlag“ lenkt von der Wahrheit ab. Bei dem drohenden Angriff der USA auf den Iran würde es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handeln. Er würde nach amerikanischen Angaben sogar den Einsatz von Nuklearwaffen einschließen. Selbst dem US-Vizepräsidenten fällt es schwer, Rechtfertigungsgründe zu finden. Wie anders sind seine nebulösen Behauptungen zu verstehen, der Iran sei „recht aggressiv“, die Teheraner Führung habe sehr „auführerische“ Reden gehalten und s c h e i n e(!) die Entwicklung von Atomwaffen anzustreben („Ostsee-Zeitung Rostock, 26.02.2007). Wahrlich

„stichhaltige“ Gründe für einen mörderischen Krieg, die an die Lügenpropaganda vor dem Irak-Krieg erinnern, für die sich der damalige US-Außenminister nachträglich entschuldigte.

Nennen wir die Dinge beim Namen: Die drei im Persischen Golf konzentrierten US-Flugzeugträger und ihre Verbände verfügen über Waffen, die ausreichen, um die gesamte militärische und zivile Infrastruktur Irans, einschließlich Brücken, Autobahnen Elektrizitäts-Werke, Raffinerien, Wasserversorgungseinrichtungen vollständig zu zerstören – mit anderen Worten: Iran (wie damals Vietnam) „in die Steinzeit zurück zu bomben“. Jeder sollte sich spätestens heute bewusst sein, dass wir uns am Rande eines Atomkrieges befinden! Das Arsenal der neuen Waffen, inklusive Thermobarische Waffen und

Uranwaffen, die keinen Atompilz bilden, sondern auf andere Art Temperaturen bis 5000 Grad hervorrufen, setzt eine Verstrahlung unseres Globus in Gang: Nanopartikel würden durch Windströmungen rund um den Globus verteilt.

Deshalb rufe ich auf: Im Namen der jetzt lebenden Menschen und der kommenden Generationen stoppen wir gemeinsam mit allen Friedenswilligen diesen geplanten Angriff! Sorgen wir dafür, dass die übrigen Kriege beendet werden! Ziehen wir die deutschen Truppen aus Afghanistan zurück, anstatt die Kampfhandlungen durch den Einsatz von deutschen „Tornado“-Aufklärungsjets noch auszuweiten! Geben wir endlich politischen Lösungen von Konflikten auf der Basis gleichberechtigter Verhandlungen eine Chance!

Hans Fricke, Rostock

Eintritt ins Rentenalter mit 67

Selbst Herr Müntefering weiß ganz genau, dass es kaum jemand schafft, überhaupt einen festen Arbeitsplatz und noch viel weniger, den bis zu seinem 67-sten Lebensjahr zu erhalten und außerdem gesundheitlich durchzustehen! Aber Herr Müntefering und Kumpanei wissen ganz genau, dass vorher keine ordentliche Rente gezahlt wird. Das allein ist der Grund, mit dem man inten-

siv mit allen Argumenten von längeren Lebenserwartungen und dergleichen das Volk betrügt. Man gestattet sogar, früher auszusteigen, aber mit entsprechenden Kürzungen der Rente – und diese greifen dann bis ans Lebensende. Die Politiker wissen (bei anderen) zu sparen!

Sogar die heutigen Rentner werden bereits auf hinterhältige Weise betrogen durch Nullrunden, zusätzliche Abgaben,

sowie Streichungen von Leistungen usw.

Sollten wir da nicht endlich gemeinsam protestieren?

Nur nebenbei bemerkt, ich habe bis zu meinem 62. Lebensjahr gearbeitet, aber ab dem 60. meine volle Rente bekommen. So waren eben die Gesetze in der DDR, was man heute nicht mehr erwähnen soll.

Elisabeth Monsig

Leserbriefe und Lesermeinungen



Projekt ROBIN HOOD - GEMEINSAM SIND WIR STARK!



Die Freiheit führt das Volk!

Ich brauche viele Rückmeldungen, damit ich das Projekt auf Durchsetzbarkeit und Realisierungstauglichkeit hin einordnen kann. Wenn alle es wollen, wird es realisiert. Wenn keiner es will, dann verworfen. So einfach ist das!

Amen!

Eine Zeit lang werde ich den Text immer wieder versenden, bis ich den Eindruck habe, dass er bei jedem angelandet ist. Jeder der Unseren soll den Gedanken wenigstens wahrgenommen haben.

In der vorletzten Ausgabe von **Artikel Eins** wurde mit dem Artikel ROBIN HOOD - GEMEINSAM SIND WIR STARK! der Gedanke angeregt, eine zentrale Homepage ins Netz zu stellen. Es sollte der Idee nach eine zentrale von unten gesteuerte Homepage sein. Das sollte eine einfache Homepage sein, die nur von einem Techniker verwaltet wird. Wichtig dabei wäre nur: Er müsste kontrollierbar sein. Die Homepage könnte ROBIN HOOD heißen – ein eingängiger Name.

ROBIN HOOD brauchte nur aus Weblinks bestehen, mögen es nun 5 sein oder 50, mit einem kurzen aber bleibenden Text und einem sinnfälligen Emblem. Zusätzlich sollte eine Top-aktuell-Liste drauf integriert sein. Die Seite könnte so ultrakurz sein, dass sie auf dem Screen eines jeden kaum eines Scrollbalkens bedurfte.

Über die Weblinks käme man sofort zu den maßgeblichen Webseiten, die gegen Hartz IV sind, gegen die Agenda

überhaupt, gegen die Zerschlagung des Sozialstaates und für Gerechtigkeit. Vielleicht käme man über die Weblinks auch direkt zu anderen Themen, bei denen wir uns alle solidarisch erklären. Wir sind gegen eine falsche Atompolitik, gegen Ausbeutung der Drittwelt, gegen Krieg, gegen Plünderung der Erde, Rodung der Wälder, Verschmutzung von Wasser und Luft usw. Aber das zu integrieren, wäre schon Detailarbeit. Es geht erst einmal um das Prinzip.

Wir sind basisorientiert. Mit dem Begriff Demokratie meinen wir es ernst - das ist unser gemeinsamer Wille. Es kam zu selten vor, dass ein König gut zu seinem Volk war, und er im Andenken des Volkes über seinen Tod hinaus lebte. Immer hieß es: Der König ist tot! Es lebe der König! Man sollte das Schicksal eines Volkes nie in die Hände nur eines Menschen legen. Es kam schon vor, dass dieser Hitler hieß. Die da oben in der Politik sollten immer als Diener des Volkes wahrgenommen wer-

den und als seine Sprecher. Sie sollten Fürsprecher des Volkes sein. Dafür sind sie angetreten, und dafür haben sie auf die Verfassung geschworen. Wir brauchen also in den eigenen Reihen unverzichtbar basisorientierte Strukturen. Wir machen mit der Demokratie Ernst!

Die Situation deutschlandweit ist doch, dass wir überall Bewegungen und Bündnisse haben, die sich der Hartzsache, die zum Himmel stinkt, angenommen haben - die aber bedauerlicherweise nicht geeint sind. Diese Aktionsbündnisse finden wir in Berlin, Hamburg, München, Köln oder auch zuhauf überall in Kleinkleckerdorf. Sie alle könnten wir mit je einem Weblink auf ROBIN HOOD, der zentralen Homepage, unterbringen. Sie alle hätten ungehindert Platz auf ROBIN HOOD.

Das System als solches wäre dynamisch, weil niemand alles an sich reißen kann, etwa weil er meint, es tue ihm gut, oder weil er meint, er wüsste es besser als alle anderen, oder er sei ohnedies der Platzhirsch und das Alphatier. Wenn wir eine solche Seite etabliert bekämen (die sich schnell als absolute Hauptseite bei den Suchmaschinen etablieren würde - schon, weil sie am meisten angeklickt werden würde), dann könnte sie oben an der Spitze (wo eigentlich nur der kontrollierte Techniker sitzt) nicht missbraucht werden.

Wenn Ihr alle das wollt, was ich vorschlage, dann sollten wir den Plan diskutieren!!!

Es muss uns gelingen, in der Gemeinsamkeit stark zu werden. Denn: Zersplitterung ist der Tod einer Idee und der Sieg unserer Feinde über uns. Wir müssen uns organisieren, sonst ist alles zum Scheitern verurteilt. Aber: GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Lasst uns unsere Gemeinsamkeiten erkennen und auf sie setzen!

Ich werde diesen Text allen anbieten, die mir als Streiter für Gerechtigkeit bekannt sind, damit sie die Möglichkeit nutzen. Ich möchte diesen Gedanken zuerst übers Internet deutschlandweit diskutieren, von Mitsreiter zu Mitsreiter und vielleicht schon bald an einem großen runden Tisch von Bruder zu Bruder an einem Ort der Wahl.

Ich sage es noch einmal: nur GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Es grüßt euch

Donald von den potsdamerngegenhartz
www.geocities.com/potsdamerngegenhartz

Du sollst nicht falsch Zeugnis legen wider deinen Nächsten!

Leserbrief auf Titelartikel „Minusgeschäft Sozialversicherung - Der große Betrug“

„Euro am Sonntag“ vom 04.02.2007
Ihre Zeitung ist sehr informativ. Ich lese sie regelmäßig. Zu diesem Artikel, der auf Recherchen des Bayreuther Ökonomieprofessor Peter Oberender beruht, muss ich antworten. Mit der größten Selbstverständlichkeit schreiben die Autoren, dass bereits Konrad Adenauer 1953 das Rentengesetz bei seiner Inkraftsetzung gefährdete, indem er den vom Nationalökonom Wilfried Schreiber eingeführten Teil einfach strich. (Schreiber schlug vor, dass Eltern weniger in die Rentenkasse einzahlen als Kinderlose, da diese ihr Kapital ja in die Kindererziehung stecken.) Außerdem erhöhte Adenauer ohne Grund die Rente von vornherein um 65 Prozent. So ganz ohne Grund wird es nicht gewesen sein, spielten da vielleicht wahltaktische Gründe eine Rolle? Ist dieses Handeln nicht unverantwortlich gegenüber den kommenden Generationen? Die Verfasser werten das nicht. Es steht nur als Tatsache in ihrem Text.

Ich sage Ihnen als Insider sicher nichts Neues, wenn ich erinnere: Die „Portokasse“, aus der ein Herr Kohl die „Kosten der deutschen Einheit“ bezahlte, waren die Rentenkassen. Über die Beträge wissen Sie sicher besser Bescheid. Aber diese „Kosten der deutschen Einheit“ hätten gar nicht zu sein brauchen, wäre das Volksvermögen der fünf neuen Länder nicht von einer „Treuhand“ verschleudert worden! Waren die Mitarbeiter der Treuhand nicht ausdrück-

lich befreit von rechtlichen Folgen ihres Handelns? Besaßen sie damit nicht einen Freibrief, Volksvermögen zu ver-



schleudern, ohne Ausschreibungen, ohne Gebote, wie das üblicherweise hätte sein müssen?

Dann führen Sie noch ein Argument ins Feld: Die ältere Generation würde sich der Kinderaufzucht verweigern und habe nur 1,4 Kinder pro Frau statt der notwendigen 2,1. Sie habe den „Pseudovertrag längst gekündigt“. Warum das so gesehen werden kann, übergehen sie. Ist es nicht die Forderung nach Mobilität, die jeder Familie feindlich gegenüber steht? Haben Sie schon einmal an den Autobahnen gestanden Freitagnachmittag und Sonntagabend und die unendlichen PKW-Kolonnen gesehen, die zur Arbeitsstelle bzw. zum Wohnort fahren? Können Sie sich in die Lage eines jungen Wachmannes versetzen mit 4,40 Euro/Std.? Er arbeitet in einer

Dienstleistungsfirma. Je nach Auftragslage seines Unternehmens können das 100 oder auch 250 Stunden im Monat sein. Ein solcher Wachmann kann sich kaum eine Freundin anlachen! Er muss auch noch Benzinkosten zu wechselnden Arbeitsorten aufbringen. Wie soll der eine Familie gründen, Kinder ernähren, privat fürs Alter vorsorgen?

Sie aber stellen einfach in den Raum: Die Generation verweigert sich der Kindererziehung. Dabei sind es die großen Konzerne, die es den Menschen (die für sie nur „Humankapital“ sind) unmöglich machen, so zu handeln, wie sie es eigentlich wollen. Denn: Menschen (nicht „Humankapital“) wollen Kinder haben! „Doch die Verhältnisse, die sind nicht so“, würde Berthold Brecht dazu sagen. Wer schafft diese Verhältnisse?

Dass die Verfasser des Artikels von Menschen sprechen, merkt man überhaupt nicht. Sehen Sie sich ihre Wortwahl an: Es graust, ihn zu lesen. Der Artikel erinnert mich in seiner Gesamtheit an den Ausspruch der französischen Königin Marie-Antoinette zur Zeit der Französischen Revolution: „Das Volk hat kein Brot? Warum isst es keinen Kuchen?“ Ich warne vor einem bösen Erwachen. Denn – **wer hat hier wen betrogen?**

Zur Ergänzung: Meine Frau und ich sind Jahrgang 44 und 41, haben 4 Kinder und 8 Enkel.

Klaus Buschendorf

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Böhnerstraße 39, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de
Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt), Rainer Thiel (Storkow),
Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>



zur Verfügung.

Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt:

kontakt@artikel-eins.com

Druck:

Selbstdruck

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

25.03.2007